

Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

**Integration von Flüchtlingen: Fachpersonal verstärkt ausbilden,
Seiteneinstiegsmöglichkeiten weiter ausbauen!**

Bremen reagiert auf die Herausforderung, ca. 12.000 zugewanderten Menschen allein im Jahr 2015 in Bremen zu beheimaten und gesellschaftlich zu integrieren mit einem Ausbau der städtischen Infrastruktur. Dafür wird aktuell ein Maßnahmen- und Umsetzungsplan entwickelt, der neben der Verstärkung des Wohnungsbaus u.a. auch die quantitative Erweiterung und qualitative Weiterentwicklung der Angebote in den Schulen und Kitas ausweisen und auf die notwendigen Integrationsmaßnahmen hin auszurichten hat.

Ein schulisches Ausbauprogramm mit ausreichenden personellen und räumlichen Ressourcen für die bedarfsgerechte Betreuung und Beschulung zu hinterlegen - auch hinsichtlich einer kontinuierlichen Sprachförderung von schulpflichtigen Flüchtlingen - ist dabei ebenso wichtig wie eine auf die neuen Zuwanderungszahlen ausgerichtete Ausbauplanungen im Kindertagesstättenbereich oder die Unterstützung der Flüchtlinge durch sozialpädagogische Angebote.

Für diese Ausbauprogramme wird in ganz erheblichem Umfang qualifiziertes Fachpersonal benötigt, das dringend in verstärktem Umfang ausgebildet werden muss bzw. über Seiteneinstiegsprogramme zu gewinnen ist.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zur Sicherung des gestiegenen Personalbedarfs im Flüchtlingsbereich,

- a) die Verwaltung dazu anzuhalten, den nach dem Fachkräftegebot gegebenen Spielraum voll auszuschöpfen.
- b) die Möglichkeiten zum Seiteneinstieg im Bereich Kindertagesstätten, Schulen sowie sozialpädagogische Unterstützung und Betreuung konsequent auszubauen.
- c) auch das fachliche Potential von Flüchtlingen und anderen Menschen mit ausländischen Abschlüssen voll auszuschöpfen und im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten verstärkt Anerkennungen und Teilanerkennungen von Abschlüssen vorzunehmen
- d) die notwendigen Ausbildungskapazitäten zu schaffen.

Der Bürgerschaft (Landtag) ist binnen drei Monaten zu berichten.

Sybille Böschen, Klaus Möhle, Mustafa Güngör,
Valentina Tuchel, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN